



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/KV/294 - 28. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- 1 - 2 "Dramatische Folgen" - wenn der Algerienkrieg fortgesetzt wird 69
Warum Frankreichs Sozialisten "JA" zum Algerien-Referendum sagen
Interview mit Guy Mollet, Generalsekretär der SFIO
- 5 - 4 Einzigartiges Aufbauwerk einer Genossenschaft 63
Am Schluss dieses Jahres stellt sich die Bilanz: 5000 Wohnungen
- 5 Bodengesetzreform - nun aufgehoben 48
Dennoch: verstärkte Siedlung
- 6 Heinrich Zirkann - 75 Jahre 31
Präsident des Landtages Hessen
- 6 Freiwillige Helfer gesucht 13
Die Notlage unserer Krankenhäuser

* * *
* * *

"Dramatische Folgen" - wenn der Algerienkrieg fortgesetzt wird

Warum Frankreichs Sozialisten "JA" zum Algerien-Referendum sagen

Interview mit Guy Mollet, Generalsekretär der SFIO

Unmittelbar nach dem Ausserordentlichen Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) am 21. und 22. Dezember 1960 führte der Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, Günter Markscheffel, mit Generalsekretär Guy Mollet ein Gespräch über die kritische Situation in Nordafrika, wobei die Frage des am 8. Januar 1961 stattfindenden Referendums über die Lösung des Algerienproblems im Mittelpunkt stand. Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Teile des Gesprächs, dessen Niederschrift von Guy Mollet gezeichnet wurde.

d. Red.

Frage: Welches sind die wichtigsten Gründe, die die Sozialistische Partei Frankreichs veranlasst haben, ihre Anhänger aufzufordern, das am 8. Januar 1961 stattfindende Referendum zur Algerien-Frage mit "JA" zu beantworten?

Antwort: Wir denken, dass eine Partei, wie die unsrige, das Ergebnis dieses Referendums beeinflussen muss. Sie konnte sich für das "JA" oder für das "NEIN" entscheiden; sie konnte sich aber nicht einer Meinungsäußerung enthalten, welches auch immer die Form ihrer Enthaltung gewesen wäre.

Wir haben mit grosser Mehrheit das "NEIN" verworfen, weil die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung für unser Land unvermeidlich die Verweigerung jeder fortschrittlichen Aktion für Algerien bedeutet hätte, die gegenwärtig vorgesehen ist.

Wir haben uns für das "JA" ausgesprochen, aber mit folgenden klaren Vorstellungen: Unser "JA" bezieht sich auf die Algerienpolitik. Es ändert in keiner Weise unsere Oppositionshaltung in allen anderen politischen Fragen. Wir weisen schon jetzt jeden Versuch entschieden zurück, unser "JA" in einem anderen Sinne auszuäuten.

Unser "JA" ist eine Unterstützung für die Staatsführung, um die Hindernisse zu beseitigen, die ihr bei dem Versuch einer liberalen Lösung des Algerien-Problems und bei der Aufforderung, den Verhandlungsweg zu beschreiten und den Frieden herzustellen in den Weg gelegt wurden.

Frage: Warum hat die Sozialistische Partei nicht versucht, eine gemeinsame Aktion der anderen demokratischen Kräfte Frankreichs in die Wege zu leiten? - natürlich der nichtkommunistischen Kräfte.

Antwort: Seit über einem Jahr haben wir unsere Bemühungen um das Zustandekommen einer gemeinsamen Aktion aller demokratischen Kräfte verstärkt - wobei ich mit Genugtuung die Bemerkung registriere - natürlich ausserhalb der Kommunistischen Partei.

Es gibt hier zahlreiche Politiker, die jeden Versuch des Zusammengehens der Linken einer Vereinbarung mit der Kommunistischen Partei gleichsetzen. Dann gibt es gewisse Politiker, die derartig stark mit der Vergangenheit verhaftet sind, dass es ihnen mehr darauf ankommt, ihre Haltung von gestern zu rechtfertigen als Lösungen für das Morgen zu suchen.

Aber trotz alledem: Wir haben tatsächlich einige Fortschritte erzielt, über die ich im Augenblick nicht näher sprechen möchte, um sie nicht in Gefahr zu bringen. Ich bin aber optimistisch.

Frage: Glaubt die Partei ihre Stellungnahme im Sinne eines "JA" zum Referendum aufrecht halten zu können, wenn der Präsident der Republik nicht sehr bald die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Algerien in Angriff nimmt?

Antwort: Ich glaube nicht an ein tatsächliches Risiko oder an eine berechtigte Befürchtung dieser Art. Wenn die Ereignisse jedoch meine Überzeugung dementieren sollten, würden wir unsere Haltung revidieren.

Frage: Welches wären, nach Ihrer Auffassung, die Konsequenzen einer Fortsetzung des Krieges in Algerien; sowohl für Algerien selbst, wie auch für Frankreich und Europa?

Antwort: Ich möchte diese Frage ganz klar beantworten:

Die Folgen wären dramatisch.

Gerade aus diesem Grunde ist eine andere Lösung des Algerien-Problems (als die des Friedens) nicht möglich. Vergessen wir niemals, dass in Algerien das Problem der Demokratie schlechthin gestellt ist. Die Mehrheit soll herrschen, aber in dieser Herrschaft darf die Mehrheit nicht die Grundrechte der Individuen antasten, die in der Minderheit sind. Das ist das eigentliche Algerien-Problem, darin beruht die Schwierigkeit seiner Lösung und in diesem Sinne ist es ein Problem, das über die Probleme Frankreichs hinausgeht und somit zu einem europäischen und Weltproblem wird.

Einzigartiges Aufbauwerk einer Genossenschaft

H.W.H. - Wenn das Jahr 1960 sein letztes Kalenderblatt einbüsst und die Silvesterglocken zu läuten beginnen, kann Direktor Friedrich Broschreit auf einen Erfolg hinweisen, der im Lande Nordrhein-Westfalen einmalig ist und im übrigen Bundesgebiet nur noch von zwei anderen erreicht wird. Mit Broschreit und der von ihm seit Gründung geleiteten Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Lemgo (Lippe) verbindet sich eines der stolzesten Aufbauwerke der Nachkriegszeit: die 5000. Wohnung ist in diesen Tagen fertig geworden.

Was in Lemgo möglich wurde, ist keineswegs ein Zufall, sondern das Resultat einer durchdachten Idee aus dem Jahre 1948. Landrat Feldmann stand damals vor der bedrückenden Tatsache, dass der Kreis Lemgo mit seinen 90 664 Einwohnern insgesamt 40 519 Flüchtlinge und Ausgebombte aufnehmen musste. "Ein Wohnhaus baute sich an", erinnert sich heute der sozialdemokratische Kommunalpolitiker. In der Not verfiel der Landrat mit seinen Freunden auf den Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe. Noch im gleichen Jahr kam es zur Gründung und anschließenden Verabschiedung der Satzung, in der es heisst: "Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder dadurch, dass sie ihnen gesunde und geeignete Wohnungen zu angemessenen Preisen überlässt..."

Und wie sah dies in der Praxis aus?

Ein Mann mit Frau und drei Kindern meldete sich und wurde Mitglied. Er hatte weder Geld noch Besitz - ausser ein paar Stühlen und Strohsäcken. Die Währungsreform hatte ihn dazu noch in die Reihe der Arbeitslosen getrieben. Heute nun besitzt der Schlesier und seine Familie ein Siedlungshaus. Die Abzahlungsrate und damit auch die Miete bis zur Schultilgung beträgt trotz aller Erhöhungen im Lande und trotz Bäckepfan nach wie vor etwa 50,- DM. - Dies ist kein Märchen, sondern das Ergebnis eines Sozialwerkes, das die Genossenschaft getreu den Statuten ausführt.

Der Flüchtling hat in dieses Siedlungshaus mit insgesamt acht Räumen, Stall und Waschküche kein Bargeld stecken können, keinen Pfennig sozusagen. Aber als Mitglied dieser Genossenschaft durfte er seine Eigenarbeit verrechnen. Hart packte der Schlesier zu: Er hob die Baugrube aus, legte das Fundament, mauerte die Kellertrappe usw. - alles

in allem hatte den Wert von 4 000 DM. Dies war sein Kapital. Die anderen Gelder, Kredite und Hypotheken besorgte die Genossenschaft.

Kein Einzelfall! Direktor Broschheit sagt wie selbstverständlich: "Von den 5000 von uns gebauten Wohnungen sind 5900 im Besitz unserer Mitglieder. Nur 1 100 sind Mietwohnungen."

Überall im Landkreis Lango, der seit dem Zusammenbruch 1945 unter sozialdemokratischer Führung aufgebaut und ausgebaut wurde, stehen holl-
getücht die Beweise für kommunalpolitische Spitzenleistungen: Reihenhäuser, Einzelhäuser, Wohnsiedlungen. Und die Mitglieder sind hoch zufrieden. Selbst der sonst überall übliche "Mackerer von Dienst" fehlt. Die Hauptbedingungen dieser Genossenschaft konnte bisher noch jeder erfüllen - einen Anteil von 300 DM zu erwerben, der, prämienbegünstigt, noch seine Zinsen bringt.

Mit Zahlen kann der Laie allgemein wenig beginnen. Wenn man aber die Leistung dieser nur auf Kreisbene arbeitenden Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft mit anderen vergleicht, dann bleibt selbst dem Experten Zeit zum Nachdenken und Staunen. Was das mit 40 Angestellten arbeitende Langoor Unternehmen in knapp 12 Jahren fertiggebracht hat, haben andere Zusammenschlüsse ähnlichen Charakters nicht in 50 Jahren geschafft.

Diese von Sozialdemokraten ins Leben gerufene und geleitete Selbsthilfeeinrichtung auf der Ebene der Kommune hat sich auch für das kommende Jahr ein grosses Ziel gesteckt. Doch der Direktor betont: "Nicht für die Presse! Soviel Wind lieben wir hier nicht. Wir wollen nur so weitermachen..." Dass es so weitergehen wird, dafür bürgen die 40 Mitarbeiter, denen die Geschäftsleitung mit sozialen Arbeitgeberleistungen entgegenkommt, die auch weit und breit im Lande ihresgleichen suchen.

+ + +

Bodengesetzreform - nun aufgehoben

ne. - Kiel

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die Gesetze über die Bodenreform, die in den Jahren nach 1945 fast einmütig beschlossen worden sind, in ebensovoller Einmütigkeit aufgehoben. Er hat damit zwar einen Strich unter die Siedlungsgesetze aus jenen Jahren gezogen, aber daneben die nachdrückliche Forderung aufgestellt: "Die Siedlung in Schleswig-Holstein ist verstärkt fortzuführen".

Die Bodenreform-Gesetze wurden damals von der sozialdemokratischen Landesregierung eingebracht und verabschiedet. Die Ministerpräsidenten Lüdemann und Dickmann schafften damit die Voraussetzung für eine umfangreiche Aufsiedlung von großem Grundbesitz in Schleswig-Holstein. Besonders im Oldenburgischen entstanden neue Dörfer und ein abgelegener Landbezirk wurde in seiner Wirtschaftskraft merklich gestärkt. Daneben wurden in erheblichem Maße Nebenerwerbssiedlungen geschaffen. All das sollte den vertriebenen Bauern aus dem Osten und den nachgeborenen Bauernsöhnen aus Schleswig-Holstein eine neue Existenz geben.

Die damaligen Bodenreform-Gesetze sahen auch Bestimmungen vor, nach denen der Grossgrundbesitz entschädigungslos enteignet werden konnte. Diese Klauseln sind niemals angewendet worden, obgleich sie es dem Ministerpräsidenten Dickmann ermöglichten, zügiger zu einer freiwilligen Landabgabe von 30 000 Hektar für Siedlungszwecke seitens des Grossgrundbesitzes zu kommen. Die Flächen sind inzwischen aufgesiedelt und auch vom Staat bezahlt worden. Die Landesregierungen der letzten Jahre haben die Bodenreform-Gesetze ebenfalls nicht mehr angewendet. Staatsdomänen wurden aufgesiedelt. Anfangs kaufte man Land auf dem freien Markt, inzwischen bewegt sich die Siedlung in den Bereichen, wo die Währungsbindung vorangetrieben wird.

So war es, dass man die Gesetze aus jener Zeit sozusagen im Zuge einer Gesetzesbereinigung liquidierte. Dass der BHE mit seinen fünf Mandaten in Kiel damit nicht einverstanden war, kann wohl nur als praktisches Ausgangsmanöver für bevorstehende Wahlen gewertet werden. Alle Parteien im Parlament aber folgten einem Antrag des Landwirtschaftsausschusses, für den die Sozialdemokraten die Impulse gegeben hatten. Danach soll die Landesregierung in Kiel von der Bundesregierung fordern, diese möge beschleunigt alle "Voraussetzungen rechtlicher und finanzieller Art für die Fortsetzung der bäuerlichen Siedlung schaffen." Das Parlament in Kiel wünschte einmütig, dass aus der Ostzone geflohene Bauern ebenso wie Heimatvertriebene Landwirte und einheimische Bauernsöhne weiter in den Genuss von neuen Bauernstellen kommen sollen, die mit staatlicher Hilfe zu errichten sind.

In Schleswig-Holstein sollen entsprechend diesem Willen im nächsten Jahr rund 8 000 Hektar Land in 3 60 Vollbauernstellen und 900 Nebenerwerbssiedlungen verwandelt werden, wofür 30 Millionen DM auszugeben sind. Über tausend Vertriebene und Flüchtlinge werden dabei im nächsten Jahr nach den Plänen der Regierung, welche die sozialdemokratische Opposition betont unterstützt, wieder eigenen Grund und Boden unter die Füße bekommen.

Heinrich Zinnkann 75 Jahre

Präsident des Landtages Hessen

sp - Eine der markantesten Erscheinungen in der hessischen Politik, Landtagspräsident Heinrich Zinnkann, feiert am 31. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der erste Vizopräsident des Landtages hat aus diesem Anlass zu einem Empfang in das Wiesbadener Schloss eingeladen. Viele seiner Freunde und Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien werden an diesem Tage Heinrich Zinnkann ihre Glückwünsche übermitteln. - Heinrich Zinnkann wurde in Worms am Rhein geboren. Bereits seit 1903 ist er Gewerkschaftsmitglied und seit 1906 gehört er der Sozialdemokratischen Partei an. In den Jahren von 1919 bis 1930 war Heinrich Zinnkann Stadtverordneter in Worms, von 1924 bis 1933 Abgeordneter des Hessischen Landtages, seit 1931 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Im Jahre 1928 wurde er zum Regierungsrat ernannt. 1933 verlor er alle seine Ämter, war Vertreter einer Bausparkasse, bis er 1944 zur Wehrmacht einberufen wurde. - 1945 zum Oberregierungsrat ernannt, wurde Zinnkann zweiter Landesvorsitzender der SPD, Mitglied des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und ist seit dem 1. Dezember 1946 Mitglied des Hessischen Landtages. Im August 1946 berief ihn Ministerpräsident Professor Dr. Geiler als Innenminister in sein Kabinett. Dieses Ressort hat er im Kabinett Steck und im ersten Kabinett Dr. Zinn verwaltet. Nach seinem Ausscheiden aus der Landesregierung wählte ihn der Landtag zu seinem Präsidenten. - Heinrich Zinnkann war und ist ein sehr bescheidener Mensch. Er hat sich als Minister des Innern in den Jahren des schwierigen Aufbaues grosse Verdienste erworben, stets ein enges menschliches Verhältnis zu seinen Mitarbeitern und zur Bevölkerung, nicht nur in seinem Wahlkreis Usingen, sondern in ganzem Lande gehabt. Heute genießt er das Vertrauen aller Parteien im Landtage. Auch unter seinen politischen Gegnern hat er keine Feinde. Gegensätze versteht er geschickt durch den ihm eigenen Mutterwitz zu überbrücken. Heinrich Zinnkann ist ein liebenswerter Mensch, dem alle, die ihn kennen, zu seinem 75. Geburtstag ihre herzlichsten Wünsche entgegenbringen.

* * *

Freiwillige Helfer gesucht

sp - Dem von repräsentativen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneten Aufruf um freiwillige Helfer für Krankenhäuser, Altersheime und Kindergärten möge ein grosser Erfolg beschieden sein. Es ist leider wahr: in unserem Wirtschaftswunderland kommt der Dienst am Nächsten zu kurz. Es fehlt an Helfern in allen Bereichen, Übermenschliches wird vom Pflegepersonal in unseren Krankenhäusern gefordert. In vielen Krankenhäusern herrscht ein dauernder Notstand. Ihn abzuwehren ist der Sinn des Appells, dem Persönlichkeiten wie die Frau des Bundespräsidenten und der Regierende Bürgermeister von Berlin ihren Namen gaben. Er ist besonders an die Jugend gerichtet. Sie wird aufgerufen, einige Tage des Jahres der praktischen Nächstenliebe zu widmen. Ohne Nächstenliebe, die durch keine staatliche Fürsorge erfaßt werden kann, verarmt seelisch ein Volk.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel